

Stephan Weil  
Niedersächsischer Ministerpräsident

**Windenergie ausbauen, Klimaschutz vorantreiben!**  
**Regierungserklärung des**  
**Niedersächsischen Ministerpräsidenten Stephan Weil**  
**in der Sitzung des Niedersächsischen Landtages**  
**vom 19. November 2019**

(Es gilt das gesprochene Wort!)

Anrede,

vor 11 Tagen hat ENERCON, das größte deutsche Unternehmen der Windindustrie, einen drastischen Arbeitsplatzabbau angekündigt. 3.000 Arbeitsplätze sollen gestrichen werden, davon je 1.500 in Ostfriesland und in Magdeburg. Diese Nachricht hat in diesen Regionen große Betroffenheit ausgelöst, bei den Beschäftigten, ihren Familien, aber auch weit darüber hinaus. Die Landesregierung und sicherlich auch der ganze Landtag teilen diese Betroffenheit, wir sprechen den Beschäftigten und ihren Familien unsere Solidarität und unsere Unterstützung aus!

Die Landesregierung wird alles in ihren Kräften Stehende tun, um die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in dieser Situation wirkungsvoll zu unterstützen. Ein erstes Gespräch mit der Geschäftsführung des Unternehmens hat am letzten Mittwoch in der Staatskanzlei stattgefunden. Noch an demselben Tag ist Wirtschaftsminister Bernd Althusmann zu ersten Gesprächen in Aurich gewesen, am Samstag haben Umweltminister Olaf Lies und ich das Gespräch mit den Betriebsräten und den Gewerkschaften gesucht. Wir wollen ausloten, ob es Möglichkeiten gibt, Arbeitsplätze zu sichern oder ggf. einen Übergang so zu organisieren, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schnell einen neuen Arbeitsplatz finden können.

Anrede,

die Ankündigung von ENERCON ist sicher ein gravierender Vorgang, wäre aber für sich genommen vielleicht noch nicht Anlass für eine Regierungserklärung. Und um Missverständnissen vorzubeugen: Es waren sicher auch Versäumnisse des Unternehmens selbst, die zu der aktuellen Situation geführt haben.

Es geht aber nicht allein um ENERCON. In den vergangenen drei Jahren sind in der deutschen Windindustrie mehr als 40.000 Arbeitsplätze abgebaut worden – das sind doppelt so viele, als es insgesamt Arbeitsplätze in der Braunkohleindustrie gibt. In den vergangenen beiden Jahren ist der Markt für Windräder im Grunde genommen zusammengebrochen. In diesem Jahr dürfte der Zubau an Windenergie, gemessen an dem Durchschnitt der letzten

fünf Jahre, um nahezu 80 % zurückgehen. Und auch die Zukunftsperspektive ist miserabel: Schon jetzt ist absehbar, dass in den Jahren 2020 und 2021 kein nennenswertes neues Vorhaben in Deutschland in den Auftragsbüchern der Industrie stehen wird – wenn sich nichts ändert.

Anrede,

lassen Sie uns die Dinge beim Namen nennen: Wenn es so weitergeht, wird es in Zukunft keine deutsche Windindustrie mehr geben. Wenn es so weitergeht, wird die deutsche Windindustrie den Weg gehen wie die deutsche Solarindustrie. Wenn es so weitergeht, wird es keinen Zubau, sondern einen Abbau von Windstrom geben. Diesen Aspekt muss ich kurz erläutern: In den nächsten Jahren werden nach und nach die Windräder der ersten Generation aus dem Markt genommen, sie haben das Ende ihres Lebenszyklus erreicht. Die Windräder der neuen Generation sind wesentlich leistungsfähiger, aber auch höher. Wenn diese Erneuerung nicht rasch und unkompliziert stattfinden kann, dann wird de facto in Deutschland weniger Windstrom produziert werden als bisher.

Anrede,

es geht um ENERCON und um Ostfriesland, es geht um Niedersachsen als Windland Nummer 1 in Deutschland, aber es geht noch um sehr viel mehr. Wir stehen am Ende des Jahres 2019, in dem so viel über Klimaschutz diskutiert worden ist wie noch niemals zuvor. Eines ist dabei vielleicht gelegentlich zu wenig betont worden – es wird keinen Klimaschutz ohne erneuerbare Energien geben. Ohne einen zielstrebigen Umbau, weg von fossilen Energieträgern, hin zu erneuerbaren Energien, sind die Klimaschutzziele schlichtweg nicht erreichbar. Das ist eigentlich ein simpler Gedankengang, der aber in seiner Tragweite noch nicht überall angekommen zu sein scheint.

Wir stehen also nicht nur vor regionalen Problemen, sondern vor einem Lackmustest für die Glaubwürdigkeit der gesamten deutschen Klimaschutzpolitik. Das macht die Bedeutung dieses Themas erst richtig aus!

Und noch eines kommt hinzu: Im Vertrauen auf die staatlichen Klimaschutzziele werden beispielsweise in der Automobilindustrie umfassende Anstrengungen zum Umbau dieser wichtigsten deutschen Industrie unternommen. In der vergangenen Woche haben Wirtschaftsminister Bernd Althusmann und ich an den Beratungen zur Investitionsplanung von Volkswagen in den nächsten fünf Jahren teilgenommen. Wie die anderen Unternehmen dieser Branche auch unternimmt Volkswagen gewaltige Anstrengungen, um seine CO<sub>2</sub>-Emissionen drastisch zu reduzieren. Alleine bei uns in Niedersachsen wird das Unternehmen jedes Jahr mehr als 3 Mrd. Euro investieren, um insbesondere die Elektrifizierung seiner Fahrzeuge voranzutreiben.

Das schönste Elektroauto aber nützt dem Klima nichts, wenn seine Batterie mit Kohlestrom betrieben wird. Für die Glaubwürdigkeit des Umstiegs auf die Elektromobilität ist ein

konsequenter Ausbau der erneuerbaren Energien unabdingbar, das müssen alle Verantwortlichen begreifen.

Anrede,

es geht jetzt darum, Farbe zu bekennen. Meinen wir es ernst mit dem Klimaschutz oder nicht, reden wir nur oder handeln wir auch?

Anrede,

wir müssen den Klimaschutz in Niedersachsen und in ganz Deutschland mit Augenmaß und mit ebenso viel Konsequenz angehen. Was heißt das konkret bezogen auf die Windenergie?

Da empfiehlt sich zunächst einmal ein Blick auf die Gründe, warum sich die Windindustrie in einer existenziellen Krise befindet. Vor drei Jahren hat es einen Systemwechsel gegeben. Anstelle von festen Fördersätzen gibt es seitdem Ausschreibungen und einen Zuschlag für das günstigste Angebot. Die ersten Ausschreibungen waren allerdings Fehlschläge, weil sich die gut gemeinte Begünstigung von Bürgerenergieprojekten eben nicht in realisierten Projekten realisiert hat. Vor dieser Zubaudelle hatten viele, auch die niedersächsische Landesregierung, von Anfang an gewarnt. Die daraufhin in der Berliner Koalitionsvereinbarung enthaltenen Sonderausschreibungen haben sehr lange, allzu lange auf sich warten lassen. Parallel dazu entwickeln sich Windparkprojekte immer mehr zu einem Hindernislauf. Da geht es um Belange des Naturschutzes, des Denkmalschutzes, des Artenschutzes, um militärische Belange und um Belange der Flugsicherung. Da geht es um Widerstand von Anliegern, um umständliche Planverfahren und schließlich um zahlreiche Klagen vor den Gerichten. Und wenn man alles dies zusammennimmt, ist es kein Wunder, dass der Ausbau des Windstroms in Niedersachsen und überall nahezu zum Erliegen gekommen ist.

Anrede,

das sind wesentliche Gründe für die Misere und diese Bremsen müssen wir rasch lösen, wenn es weitergehen soll mit den erneuerbaren Energien.

Anrede,

Bundesregierung und Bundestag haben einen solchen Willen sehr klar zum Ausdruck gebracht. Bis zum Jahr 2030 sollen 65 % des Strombedarfs aus erneuerbaren Quellen gedeckt werden. Dieser Bedarf dürfte dann übrigens wesentlich höher sein als heute, wenn etwa die geplante Entwicklung der Elektromobilität berücksichtigt wird. Ich teile dieses Ziel ausdrücklich. Es ist die notwendige Grundlage dafür, dass der Klimaschutz in unserem Land insgesamt gelingt.

Was allerdings fehlt, ist ein konkreter Plan zur Umsetzung dieses Ziels. Da gilt vielleicht zunächst einmal ein schönes amerikanisches Sprichwort: „Wenn du im Loch sitzt, hör auf zu

graben!“ Das vorgesehene Abstandsgebot von tausend Metern für neue Anlagen würde die theoretisch verfügbare Fläche noch einmal drastisch reduzieren. In Niedersachsen würden durch die 1.000m-Abstandsregel die Potenzialflächen massiv reduziert. Übrig blieben 3,6 Prozent Fläche vor jeder Abwägung mit anderen Belangen. Nach Abzug weiterer Schutz- und Nutzungsbelange verblieben dann faktisch kaum noch Flächenpotenziale für den Ausbau von Windenergie in Niedersachsen. Das gilt erst recht dann, wenn der Maßstab eine Siedlung mit fünf Häusern sein soll und übrigens auch Siedlungen, die noch überhaupt nicht existieren. So sieht es jedenfalls ein Referentenentwurf derzeit vor.

Wir sind uns in der Landesregierung einig, dass wir die 1.000m-Abstandsregel in Niedersachsen nicht übernehmen. Wir werden von der vorgesehenen Öffnungsklausel für unser Land Gebrauch machen und erarbeiten derzeit eine für Niedersachsen angemessene Lösung, mit der ein Schutz der Bevölkerung gewährleistet ist und die der Windenergie weiterhin eine faire Chance gibt.

Anrede,

an diesem Beispiel wird deutlich: Wir brauchen einen Neustart der Energiewende und wir brauchen dafür auch den notwendigen politischen Willen. Das gilt vor Ort in den Kommunen und bei uns auf der Landesebene. Das gilt aber vor allem auch auf der Bundesebene.

Welche Maßnahmen sind es im Einzelnen, die notwendig sind? Ich will nicht ins letzte Detail gehen, aber doch einige Kernforderungen deutlich benennen:

1.

Um das 65 %-Ziel zu erreichen, ist ein gesetzlicher Zubaupfad von 5 Gigawatt pro Jahr notwendig. Es muss geklärt werden, wann genau welche Ausschreibungsmengen für Offshore-Wind vorgesehen sind. Bilanziell müssten diese Mengen deutlich höher als bisher ausfallen, wenn wir die bundesweiten Ziele erreichen wollen.

2.

Gerade deswegen benötigen wir zusätzliche Sonderausschreibungen für 2020 und 2021. Wie ich bereits sagte, ist eine bis 2021 anhaltende Flaute bereits jetzt fast unumgänglich. Soll in dem verbleibenden Zeitraum bis 2030 das Ziel tatsächlich erreicht werden, wird dieser Rückstand aufzuholen sein, daran führt kein Weg herum.

3.

„Bürgerwindparks“ könnend dabei helfen, sie müssen aber auch tatsächlich realisierbar sein. Deswegen kann für sie eine sog. De-minimis-Regel die richtige Lösung sein, um einen allgemeinen Ausbau nicht aufzuhalten.

4.

Besonders wichtig: An den Standorten der alten Windräder muss eine Modernisierung unter erleichterten Bedingungen möglich sein. Nicht mehr der Standort als solcher darf

Gegenstand eines umständlichen neuen Planverfahrens sein, stattdessen muss sich die Prüfung auf neue Gesichtspunkte beschränken, wie z.B. die Höhe der Windräder.

5.

Konkrete Anreize sind notwendig, um den regionalen Zubau von Windenergie auch in Süddeutschland sicherzustellen. Wir freuen uns, dass wir in Niedersachsen das Windenergieland Nummer 1 sind und wollen das auch bleiben. Um die Gesamtziele zu erreichen, muss die Windenergie aber auch in allen anderen Teilen Deutschlands vorangetrieben werden.

6.

Die tatsächlich vorhandenen Flächenpotentiale müssen auch tatsächlich zur Verfügung stehen. Es ist völlig klar, Windräder können nicht überall stehen. Aber Mindestabstände beispielsweise für die Belange der Flugsicherung und die militärische Nutzung müssen technisch und rechtlich hergeleitet werden.

7.

Für den Windenergieausbau vor Ort muss es mehr Anreize geben. Ob dafür der Hebesatz bei der Grundsteuer das richtige Instrument ist, wie es die Bundesregierung derzeit vorsieht, ist durchaus zweifelhaft. Besser wäre ein System von Konzessionsabgaben, wie es die Energiewirtschaft bereits in einem anderen System kennt oder ein direkter finanzieller Nutzen der Nachbarn von Windparks zum Beispiel durch vergünstigte Grünstromtarife.

8.

Wir müssen den Netzausbau optimieren. Da machen wir in Niedersachsen große Fortschritte und erledigen systematisch unsere Hausaufgaben. Eine konsequente Digitalisierung der Netze würde die Durchleitungskapazitäten noch einmal drastisch erhöhen und damit auch das Argument widerlegen, der erneuerbare Strom können gar nicht genutzt werden.

9.

Wir müssen auch das Verhältnis von Klimaschutz und Artenschutz klären. Derzeit sind Aspekte des Artenschutzes mit deutlichem Abstand der häufigste Klagegrund. Artenschutz ist ganz gewiss ein besonders wichtiger Aspekt, der Klimaschutz aber nicht minder. In dieser Hinsicht brauchen wir eine Klärung für die künftigen Verfahren im Bundesnaturschutzgesetz. Auch in Niedersachsen werden wir in dieser Hinsicht den Dialog mit den Naturschutzverbänden suchen.

10.

Last but not least: Die Genehmigungsverfahren müssen beschleunigt werden. Das gilt weiß Gott nicht nur für die Windenergie, sondern ist ein grundsätzliches Problem bei beinahe allen Infrastrukturvorhaben. Da geht es um die aufschiebende Wirkung von Klagen und Widersprüchen, um den Instanzenweg bei emissionsschutzrechtlichen Vorhaben und vieles andere mehr. Bürgerbeteiligung und Rechtsschutz sind existenzielle Bestandteile unseres Rechtsstaates. Das gilt aber auch für andere Rechtsstaaten, wie etwa die Niederlande oder

Dänemark. Wir müssen schneller werden, nicht nur, aber auch bei den Genehmigungsverfahren für Windparks.

Anrede,

es gibt also Mittel und Wege aus der aktuellen Krise herauszukommen. Die Frage ist, ob Politik und Gesellschaft bereit sind, den dafür notwendigen Willen zu entwickeln. Klimaschutz ist in allen Umfragen seit geraumer Zeit aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger mit Abstand das wichtigste Thema. Es wird aber keinen wirksamen Klimaschutz geben können, wenn alles beim Alten bleibt. Wir werden zum Beispiel mehr Windräder an Land akzeptieren müssen.

Ich nehme ernst, wenn Menschen Windkraftanlagen in ihrer Nachbarschaft als Belastung empfinden. Es gibt auch andere berechtigte Gründe, warum Standorte letztlich nicht geeignet sind. Wenn wir es aber auch mit dem Klimaschutz ernst nehmen, darf der Ausbau der Windenergie nicht nachrangig sein gegenüber allen andern Aspekten. Umgekehrt wird ein Schuh daraus – im Zweifel für den Ausbau der erneuerbaren Energien!

Anrede,

und schließlich: Es geht auch für unser Land um einiges. Niedersachsen hat die Chance, das Klimaland Nummer 1 in Deutschland zu werden. Wind ist der Rohstoff des Nordens und davon haben wir sehr viel. Das ist über die Energieproduktion hinaus für uns eine Chance, etwa wenn es um den Aufbau einer leistungsfähigen Wasserstoffwirtschaft geht. Ich bin dafür, dass wir diese Chance für unser Land engagiert nutzen. Dafür bitte ich um Ihre Unterstützung.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.